

Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Partnerschaft mit Ruanda weiter ausbauen

I. Der Landtag stellt fest:

Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hat sich in den 18 Jahren ihres Bestehens als Modell einer bürgernahen, dezentralen und an den Grundbedürfnissen der Menschen orientierten Entwicklungszusammenarbeit bewährt und wird über die Grenzen von Rheinland-Pfalz hinaus als wegweisend für eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit angesehen.

Der dezentrale Ansatz der Zusammenarbeit und die Unterstützung einzelner kleinerer Projekte haben die Effizienz der Hilfen und die lokalen Strukturen in Ruanda gestärkt.

Durch die Ausrichtung der Partnerschaft auf die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den Menschen konnte gegenseitiges Verständnis für die Menschen beider Länder und ihre Lebensweisen entstehen. Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wurden dadurch für die Not und die Probleme in einem der ärmsten Länder Afrikas sensibilisiert und zum Engagement angeregt.

Der Landtag dankt allen Einzelpersonen, Gemeinden, Landkreisen, Schulen und Universitäten, Kirchengemeinden und privaten Initiativen, die gemeinsam mit den ruandischen Partnern zahlreiche Projekte umgesetzt haben.

II. Der Bürgerkrieg seit Beginn der 90er Jahre und der Völkermord von 1994 haben die Entwicklung Ruandas empfindlich zurückgeworfen. Auch unsere Partnerschaft ist dadurch belastet worden. Gerade aber in der Zeit nach dem Genozid haben sich viele Menschen in Rheinland-Pfalz aus dem Partnerschaftsgedanken heraus verpflichtet gefühlt, einen besonderen Beitrag zur Bewältigung der traumatischen Kriegsfolgen zu leisten. Rheinland-Pfalz hat als erstes Land nach dem Genozid sein Büro in Kigali wiederbesetzt, was von den Menschen vor Ort noch heute als ganz wichtiger Vertrauensbeweis in schwerer Zeit angesehen wird.

Der Landtag ist überzeugt von der Notwendigkeit und Richtigkeit des in Ruanda eingeleiteten Prozesses der Versöhnung und der Demokratisierung. In der GACACA-Gerichtsbarkeit, aufbauend auf einem in Ruanda bewährten traditionellen Verfahren zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens, sieht er einen Weg zum Aufbau einer Zivilgesellschaft, der auch über die Grenzen Ruandas hinaus wirken kann. In der Unterstützung der Justiz bei der Entwicklung der „GACACA“-Verfahren, der Fortsetzung der Hilfen bei der Polizeiausbildung sowie der Unterstützung beim Verwaltungsaufbau von der Kommunal- bis zur Ministeriumsebene sieht der Landtag wichtige Beiträge zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

Im Interesse von Dezentralisierung, Partizipation und Demokratisierung und zum Aufbau leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen sollten die Nationale

Wahlkommission, die Ausbildung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und weiteren kommunalen Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern, die Erstellung der Entwicklungspläne für die Gemeinden, die Nationalen Kommissionen für die Menschenrechte und für Einheit und Versöhnung sowie die konstitutionelle Kommission Unterstützung erfahren.

Auch der Landtag wird durch eine Weiterentwicklung der interparlamentarischen Zusammenarbeit seinen Beitrag zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens leisten.

Dies sollte zunächst geschehen durch:

- die Unterstützung bei der Ausbildung ruandischer Führungskräfte im parlamentarischen Dienst,
- die unterstützende Beratung des Forums der ruandischen Parlamentarierinnen und der Kommissionen für die Sicherheit und nationale Integrität, für die nationale Einheit und die Menschenrechte, für die Agrarwirtschaft, die Viehzucht und den Umweltschutz,
- den Austausch von Dokumentationen zwischen den beiden Parlamenten,
- die Gründung eines Koordinierungsausschusses,
- die Verstärkung des kulturellen Austauschs.

III. Der Landtag betont vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit und angesichts der schwierigen Aufgaben der Zukunft die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Partnerschaft.

Dieser Ausbau sollte sich an den Schwerpunkten der bisherigen Zusammenarbeit orientieren, aber auch die gewachsene Verantwortung von Rheinland-Pfalz nach dem Genozid 1994 berücksichtigen:

- Verbesserung der schulischen Ausbildung,
- Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- Ausbau des Gesundheitswesens,
- Verbesserung der Infrastruktur,
- Stärkung des Handwerks,
- Hilfe für Frauenorganisationen,
- Hilfe für Waisen und Straßenkinder.

Die im Landtag vertretenen Fraktionen werden im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen die Möglichkeit einer Erhöhung der Haushaltsmittel zur Förderung von Partnerschaftsprojekten prüfen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Projekte zu prüfen:

- Unterstützung des Wiederversöhnungsprozesses durch Partner in Ruanda und Rheinland-Pfalz,
- Werbung für neue Gemeinde- und Schulpartnerschaften, u. a. auch zwischen der Landeshauptstadt Mainz und der ruandischen Hauptstadt Kigali,
- Einrichtung einer Stiftung „Partnerschaft Ruanda“,
- Internetpräsentation der rheinland-pfälzischen und ruandischen Projekte auf einer eigenen Webseite.

IV. Der Landtag bittet die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz, die Gebietskörperschaften, staatliche und kommunale Verwaltungen und Institutionen sowie die Kirchen und privaten Initiativen, ihre partnerschaftlichen Aktivitäten mit Ruanda verstärkt fortzusetzen. Dem Aufbau neuer partnerschaftlicher Kontakte kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dazu kann auch die Durchführung von Projekt-Workshops, in denen partnerschaftliche Aktivitäten vorgestellt werden, Anregungen vermitteln und motivierend wirken.

- V. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung Ruanda zu einem der 37 Schwerpunktländer gewählt hat, auf die sich die Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konzentriert.

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Landesregierung die Mithilfe der Bundesregierung anstrebt. Diese Verknüpfung mit der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung ist insbesondere anzustreben für

- die Unterstützung beim Verwaltungsaufbau von der Ebene der Kommunen über die der Präfekturen bis zur ministeriellen Ebene (Senioren-, Seniorinnenprogramm),
- die Unterstützung beim Aufbau eines inländischen Lager- und Transportsystems für im Partnerland Ruanda angebaute Lebensmittel,
- die Unterstützung beim Aufbau einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie eines Land- und Bodeninformationssystems,
- die Unterstützung im Bereich des Gesundheitswesens durch Nutzung der Hilfsprogramme von UNO und WHO, insbesondere dem Nationalen AIDS-Programm sowie den Programmen für Familienplanung und Malaria-Prophylaxe.

Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, sich auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, dass die äußere Sicherheit für Ruanda, insbesondere durch die Beilegung der Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, dauerhaft erreicht wird, damit die eingeschlagene friedliche und zivile Entwicklung in Ruanda nicht gefährdet wird.

Für die Fraktion
der SPD:
Joachim Mertes

Für die Fraktion
der CDU:
Franz Josef Bischel

Für die Fraktion
der F.D.P.:
Werner Kuhn

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dietmar Rieth